

Außerordentliche Tagung
der 3. Hauptversammlung
der Lichtenberger Linken
Montag, 23.10., 18 Uhr
DB-Kantine, Ruschestr. 104



Hol dir den Kiez zurück!

Mit 5,9 Prozent der Wählerstimmen hat die neofaschistische NPD den Einzug ins Lichtenberger Bezirksparlament geschafft. Viele Menschen sind darüber entsetzt. Denn schon vor dem Wahlkampf hat ein Bündnis aus Antifa-Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien mit der Kampagne „Hol dir den Kiez zurück! Lichtenberg gegen rechts!“ dazu aufgefordert, am Wahltag den Braunen keine Stimme zu geben.

Die Kampagne hat trotz Erfolg der Rechten Wirkung gezeigt. Es gab zahlreiche Informationsveranstaltungen über Nazis und die NPD. So berichtete im Rathaus die sächsische Land-

tagsabgeordnete der Linkspartei Julia Bonk über den Umgang mit der NPD in ihrer parlamentarischen Arbeit. Der NPD haben solche aufklärerischen Veranstaltungen weniger gefallen.

Höhepunkt der Kampagne war die symbolische kulturelle Eroberung des Weitling-Kiezes am 16. September mit einem antifaschistischen Konzert auf dem Münsterlandplatz. Über 3 000 Besucher, zumeist Jugendliche, tanzten zu stadtbekanntem Bands. Infostände informierten über Möglichkeiten, antifaschistisch zu handeln.

In ihrer Stammkneipe „Kiste“ hielten sich mehrere Neonazis auf und provozierten vorbeikommende alternative Jugendliche. Linke wurden von Balkonen aus fotografiert, und in den Seitenstraßen patrouillierten z.T. mit Schlagstöcken bewaffnete „Kameraden“.

Das zeigt, der Kiez ist noch nicht zurückgeholt. Es muss weiter informiert und interveniert werden. Bürgerliches Engagement muss gestärkt und eine antifaschistische Kultur etabliert werden. In diesem Sinne: Jetzt erst recht gegen Rechts in den Köpfen, im Parlament und auf der Straße! [solid] Lbg – (gb)



Engagiert gekämpft

Von Michael Stadler, Wahlkampfleiter der Lichtenberger Linkspartei.PDS

Ein erstes Fazit zeigt: Wir haben im Wahlkampf unsere Politik an über 50 Infoständen vertreten, mehr als 1 600 Plakate aufgehängt und 40 eigene Veranstaltungen organisiert. Junge Mitstreiter und Sympathisanten führten einen eigenständigen Jugendwahlkampf. 30 000 „info links“ und zehntausende Wählerbriefe wurden verteilt. Das und mehr war möglich, weil es noch immer eine große Zahl von Menschen in unserem Stadtbezirk gibt, die bereit und in der Lage sind, für unsere Partei auch unter schwierigen Bedingungen zu werben. Ihre Zahl ist aber weiter zurückgegangen, und sicherlich gab es diesmal auch den einen oder anderen, der sich nicht am Wahlkampf beteiligen wollte.

All denen, die sich mit voller Überzeugung oder auch mit einem Grummeln im Bauch im Wahlkampf eingebracht haben, möchte ich auch im Namen des Bezirksvorstandes und aller Gewählten danken. Wir werden in naher Zukunft auch noch die Gelegenheit haben, denen unseren Dank persönlich zu bezeugen, die sich im Wahlkampf besonders engagiert haben.

Dieses Engagement verpflichtet den Bezirksvorstand aber auch, die ernüchternden Ergebnisse sorgsam zu analysieren. Nach meiner Überzeugung haben die Resultate der Wahlen nur zu einem Teil mit dem Wahlkampf im Bezirk zu tun. Die Entscheidung vieler Stammwähler, diesmal nicht zur Wahl zu gehen, hat vielschichtige Gründe und ist sicherlich nicht erst am Wahltag gefallen. Unsere vordringlichste Aufgabe wird sein, die Mittel und Wege zu finden, das verlorengegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Michael Stadler

In dieser Ausgabe

- Die neue BVV (Seite 2)
- Gesine Löttsch an die Mitglieder der Linkspartei.PDS (Seite 3)
- Bürgerhaushalt bewertet (Seite 4)
- Ausgefragt: Kirill Jermak, das jüngste BVV-Mitglied (Seite 5)
- Abgeordnetenhauswahl (Seite 6)



Die neue BVV

Die neue Bezirksverordnetenversammlung hat 55 Sitze (SPD 17, CDU 5, Die Linke 23, Grüne 3, FDP 2, NPD 3, WASG 2). „info links“ stellt hier alle gewählten Bezirksverordneten kurz vor:

● Die Linke.PDS

1. Emmrich, Christina; 1948, Messtechnikerin, Bezirksbürgermeisterin
2. Petermann, Christian; 1980, Student
3. Lomscher, Katrin; 1962, Dipl.-Ingenieur Städtebau, Bezirksstadträtin
4. Bosse, Rainer; 1950, Dipl.-Ingenieur oec., Angestellter
5. Gabelin, Annegret; 1957, Philosophin, Angestellte
6. Prüfer, Andreas, 1958, Dipl.-Ingenieur oec., Bezirksstadtrat
7. Schilde, Ingrid; 1941, Dipl.-Lehrerin, Rentnerin
8. Räßler-Wolff, Michael; 1965, Schriftsetzer, Bezirksstadtrat
9. Zimmer, Kerstin; 1971, Dipl.-Verwaltungswirtin
10. Prof. Dr. Hofmann, Jürgen; 1943, Historiker
11. Klein, Hendrikje; 1979, Dipl.-Verwaltungswirtin, Studentin
12. Tietze, Daniel; 1977, Student
13. Görsdorf, Ingeborg; 1949, Finanzsachbearbeiterin, erwerbslos
14. Fischer, Peter, 1961, Zerspanungsfacharbeiter, selbstständig
15. Platta, Marion; 1960, Dipl.-Ingenieur Bauwesen, Bauingenieur (Marion Platta wurde ins Abgeordnetenhaus gewählt und nimmt das BVV-Mandat nicht an. Nachrücker: Jürgen Steinbrück.)
16. Grunst, Michael; 1970, Dipl.-Verwaltungswirt, Beamter
17. Dr. Sobanski, Christa; 1950, Dipl.-Lehrerin, Bezirksstadträtin i. R.
18. Jermak, Kirill; 1988, Schüler
19. Dr. Zühlke, Christina; 1945, Dipl.-Lehrerin
20. Schwenzler, Uwe; 1962, Bautischler
21. Farha, Rim; 1958, Dipl.-Pädagogin, Dolmetscherin
22. Hofmann, Reiner; 1955, Bauzeichner, erwerbslos
23. Feustel, Maja-Helen; 1951, Dipl. Mathematikerin, Rentnerin

● SPD

1. Geisel, Andreas; geb. 1966, Diplomökonom, Bezirksstadtrat
2. Beurich, Kerstin; 1968, Studienrat, Berufsschullehrerin
3. Becker, Manfred; 1938, Sprachwissenschaftler, Rentner
4. Monteiro, Birgit; 1969, Germanistin/Historikerin, Geschäftsführerin
5. Hemmerlein, Kurt; 1961, Feinmechaniker, Beamter
6. Feige, Jutta; 1947, Dipl.-Ingenieur, Personalassistentin, Teamleiterin
7. Kind, Christian; 1944, Elektromonteur, Lehrer
8. Tessin, Dietlind; 1967, Architektin
9. Gührs, Erik; 1982; Student
10. Brechel, Blashka; 1950, Diplomjuristin, Sozialberaterin
11. Deutschmann, Gerrit; 1971, Verwaltungsbeamter, Referent
12. Röben, Bärbel; 1942, Stenotypistin, Erzieherin, Betriebsrätin
13. Kreins, Ole; 1979, Student
14. Wiebusch, Claudia; 1960, Industriekauffrau, Mitarbeiterin bei einem MdB
15. Peter, Reimund; 1958, Elektronik-FA
16. Gionova-Busch, Teodora; 1968, Politikwissenschaftlerin/Germanistin, Mitarbeiterin in einer Stiftung
17. Liebe, Dirk; 1972, Verwaltungsbeamter

● CDU

1. Nünthel, Wilfried; 1955, Dipl.-Philosoph, Bezirksstadtrat
2. Jantz, Astrid; 1977, Politische Referentin
3. Schulz-Töpken, Ronald; 1970, Dipl.-Verwaltungswirt
4. Hoffmann, Albrecht; 1946, Pfarrer
5. Appelhagen, Sibylle; 1962, Journalistin, Kommunikationstrainerin

● GRÜNE

1. Kitzmann, Beate; 1964, Dipl.-Biologin, Geschäftsführerin
2. Heinisch, Michael; 1964, Sozialdiakon
3. Van der Wall, Henriette-Christiane; 1947, Diplom-Ökonom, Projektentwicklerin

● NPD

1. Tönhardt, Manuela; 1952, FS Kulturwissenschaft, Politische Mitarbeiterin
2. Hähnel, Jörg; 1975, Landschaftsgärtner, Student
3. Meyer, Torsten; 1956; Zimmermeister, Versicherungsvertreter

● FDP

1. Kamphausen-Semaan, Beate; 1964, Architektin
2. Schütz, Beate; 1979, Bankkauffrau/Dipl.-Verwaltungswirtin

● WASG

1. Hammels, Peter; 1976, Informatiker
2. Niedworok, Michael; 1979, Student

Zahlen & Prozente

Die Lichtenberger Ergebnisse

Wahlberechtigte	211 592	–
Wähler	102 455	48,5 %
ungültige Stimmen	2 498	2,4 %
gültige Stimmen	99 900	97,5 %
davon für:		
SPD	28 887	28,9 %
CDU	10 071	10,1 %
Die Linke.	39 756	39,8 %
Grüne	5 818	5,8 %
FDP	4 159	4,2 %
NPD	5 935	5,9 %
WASG	4 951	4,9 %
Offensive D	422	0,4 %

Stadträte: Die Linke 4, SPD 2

Für Urabstimmung

Wundersame Einmütigkeit breitet sich in der Berliner PDS nach der Wahlniederlage aus „Kein weiter so!“ tönt es gebetsmühlenartig, und: „Wir können regieren. Aber wir müssen nicht regieren.“

Zum „Regieren-Können“ gehört die Akzeptanz der Wähler. Eine Halbierung der Wählerschaft kann kaum als solche gelten. Tatsächlich ging deren Ablehnung noch weiter, weil nicht wenige, die dennoch für die PDS stimmten, bekennen, dass sie die Senatspolitik ablehnen. Deshalb sollte nicht der Landesparteitag über die Annahme oder Ablehnung eines ausgehandelten Koalitionsvertrages entscheiden, sondern eine Urabstimmung der Mitglieder.

R. Lötzsch



Richtigrot

Brief von Dr. Gesine Löttsch (Bezirksvorsitzende der Linkspartei.PDS) mit einer ersten Auswertung zur Wahl (Auszüge; Wortlaut des Briefes unter www.gesine-loetzsch.de)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wahlergebnisse liegen uns schwer im Magen. Eine kontroverse Diskussion über die Interpretation und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ist in unserer Partei entbrannt. Im Augenblick habe ich mehr Fragen als Antworten. Es gibt nichts schönzureden oder schönzurechnen! Hatten wir 2001 noch 32 Direktmandate erobert, waren es bei dieser Wahl nur noch 14, darunter alle sechs Direktmandate in Lichtenberg.

Die WASG ist nicht die Ursache unserer Niederlage. Unsere Wähler sind zu Hause geblieben, und nur wenige sind zur WASG gegangen. Ein „Weiter so!“ darf es nicht geben! Wir haben unsere Stammwähler vernachlässigt, um neue Wähler im Westen der Stadt zu gewinnen.

Wir haben in West-Berlin nichts dazu gewonnen, aber dafür im Osten viel verloren.

Insgesamt haben viele ehemalige Stammwähler nicht die richtigrote Handschrift unserer Partei erkennen können. Es entstand der Eindruck, dass wir in vielen Fragen defensiv und ängstlich reagierten und nicht in der Lage waren, politische Zeichen zu setzen. Sicherlich hat die Haushaltsnotlage des Landes Berlin die Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt, doch es gab Entscheidungen, die nicht haushaltsrelevant waren und bei denen wir sehr wohl hätten Flagge zeigen können (Entscheidung zur EU-Verfassung, Verhalten unserer Senatoren beim Bush-Besuch in Berlin. Dass es anders geht, hat Genosse Methling beim zweiten Bush-Besuch gezeigt.)

Wie soll es nun weitergehen? Ich sehe es als unsere Aufgabe an, die Wähler in unseren Hochburgen zurückzugewinnen. Viele Genossen sagen, das geht nur in der Opposition, andere meinen, dass wir die zweite Chance nutzen sollten, um zu zeigen, dass wir es besser können. Unser Landesparteitag hat am 28.

September nach ausführlicher Diskussion die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der SPD beschlossen.

Eins ist klar: Wir dürfen keinesfalls auf Knie in eine neue Koalition rutschen. Wenn unsere Grundaussagen aus dem Wahlprogramm – keine weiteren Privatisierungen, Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, keine Studiengebühren und die integrative Schule – nicht durchgesetzt werden können, dann kann es keine neue Koalition für uns geben.

In Lichtenberg haben wir unsere absolute Mehrheit verloren. Hier hat der Landestrend voll durchgeschlagen. Aber wir sind die stärkste Fraktion und können weiterhin vier Bezirksratsmitglieder stellen. Als stärkste Partei erheben wir selbstverständlich Anspruch auf das Amt der Bezirksbürgermeisterin.

Ich habe mich im Auftrag des Bezirksvorstandes mit einem Brief an alle demokratischen Parteien gewandt, um mit ihnen über die weitere Entwicklung unseres Bezirks und über den Umgang mit der NPD zu sprechen.

Mit richtigroten Grüßen, Gesine Löttsch

Jein-Entscheidung

Lichtenbergs Wähler haben am 17. September erstmals in einem Bürgerentscheid über Fusion und Standorte dreier Gymnasien entschieden. Mehr als die erforderlichen 15 Prozent der Wahlberechtigten haben sich beteiligt. Das Kuriosum: Beide Vorlagen fanden eine Mehrheit, die der BVV hatte 752 Ja-Stimmen mehr bzw. 4537 Nein-Stimmen weniger. Bei der Entscheidungsfrage unterlag aber die BVV-Vorlage, sie erhielt 8295 Stimmen weniger – ein widersprüchliches Ergebnis. War vielleicht das Verfahren zu kompliziert?

Stadtrat Michael Räßler-Wolff sagte, die Lichtenberger hätten Verantwortung für die Zukunft der Gymnasien übernommen und die politische Kultur im Bezirk bereichert. Er regte an, diese Entscheidung an einem Runden Tisch vorzubereiten. Das Bezirksamt hat Bildungssenator Böger gebeten, nicht nur umgehend die Sondergenehmigung für die bisherigen Gymnasien zu verlängern, sondern auch eine Sonderfinanzierung für die drei Standorte bereitzustellen.

Einfache Lösungen wird es nicht geben. Warum aber dabei nicht Ungewöhnliches denken? Wäre z. B. berlinweit nicht ein Bürgerbegehren angesagt, kleinere Klassen zu verlangen? Das ist, so lange ich denken kann, linke Bildungsprogrammatik. Verwirklichung hat mit Geld zu tun, wie es nach dem Bürgerentscheid weitergeht, aber auch. Inge Uesseler

Linkspartei diskutiert

Ein außerordentlicher Landesparteitag und eine Basiskonferenz der Bezirksorganisation beschäftigten sich Ende September mit dem Wahlergebnis der Linkspartei.PDS und seinen Folgen. „Geschockt, aber nicht gelähmt“, so könnte man die Diskussionen zusammenfassen, die im Ganzen sehr sachlich und ohne vordergründige Schuldzuweisungen verlaufen. Und: Es geht weiter – aber kein „Weiter so!“ Das schließt einerseits schwierige Koalitionsverhandlungen ein, denen der Parteitag zustimmte, und bedingt andererseits die intensive Beschäftigung mit dem Zustand der eigenen Partei. Das dürfte nicht zuletzt auch im Hinblick auf künftige Einheitspläne mit der WASG erforderlich sein. Wichtig ist, dass alle Prozesse transparent geführt werden. Die Basis will mitgenommen, nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die Forderung nach stabilen BVG-Preisen bleibe auf dem Tisch, antwortete Wirtschaftsminister Harald Wolf auf die wiederholte Kritik von Teilnehmern an der Ablehnung eines entsprechenden Antrages durch den Landesparteitag vom Vortag. Ausdrücklich beriefen sich die Vertreter der Basis auf weit über tausend Unterschriften, die noch in den letzten Vorwahlwochen gesammelt worden waren, um die Forderung Wolfs nach stabilen Preisen als Gegenstand der Koalitionsverhandlungen zu unterstützen. M. W./J. P.

Biene meent:

Nu hatten wa ja Wahlkampf. Dit heeßt, von jeder Laterne grinst wer runter. Also, dacht ick mir zuerst, is ja'n Ding, dass Bienes Lieblingspartei nüscht zu hängen hat. Is ja ooch wurscht: Plakate kratzen de Leute sowieso nich. Wir sind also jrüner als die Jrünen, weil wa uns die Papierverschwendung klemmen. Denn aber keimte ne janz wilde Hoffnung in mir: Wenn die Leute doch die Plakate studieren, denn vascheißern von die blöden Sprüche lässt sich wohl keener, und die Fratzen will ooch keener öfter inne Abendschau sehen. Bleibt also als jroßer Jewinner meine papiersparende Linke. Die-sa trügerische Jedanke beglückte mich 'n paar Tage, doch denn kahms janz dicke: Lief ick durch Treptow: „Jutta Matuschek: Die traut sich. Trauen Sie ihr.“ Ick traute meinen Oogen nich: Da sind ja de Parolen von meen Jemüsehändler für seine ollen Bananen jeradezu revolutionär dajenen. Links – dit hatte doch mal wat mit Jeist zu tun! An Jespenster jloobte ick denn wieda zurück in Lichtenberg: Sechs linke Direktkandidaten, aber een und derselbe Spruch. Jenossen, sparen wir uns doch det nächste Mal dit Papier! Überzeugen können wa die Leute sowieso bloß mit echte Inhalte! Mein Wirt uff der Ecke kricht sein Jeld ooch bloß für 'ne kühle Molle und nich fürs schnieke, leere Glas. Bis denne! Eure Biene



Vorbildlich

„Das Pilotprojekt Bürgerhaushalt hat eine Vielzahl unabdinglicher Erfahrungen erbracht, auf die nun andere Großstädte zurückgreifen und auf denen sie aufbauen können“, meint das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer in einer Bewertung des ersten Lichtenberger Bürgerhaushaltes. „Ein erfolgreicher Beteiligungsprozess ... besteht zwingend aus den drei Bausteinen: Information der Bürgerschaft, Beteiligungsphase und eine zeitnahe Rechenschaftslegung zur Umsetzung der Vorschläge. Der Bürgerhaushalt Lichtenberg hat alle drei Schritte – unter Berücksichtigung fehlender Vorerfahrungen – vorbildlich aufgebaut, durchgeführt und integriert.“ Zwar habe es auch die erwarteten Anzeichen von „Lobbyismus“ gegeben. Die in den Verfahrensweg eingebauten „Barrieren“ hätten jedoch zur weitgehenden Neutralisierung solcher Einflüsse beigetragen.

Das formalisierte Verfahren Bürgerhaushalt habe eine hohe Transparenz und Berechenbarkeit der einzelnen Schritte vermittelt. Andererseits sei der Prozess langatmig gewesen und habe eine hohe Motivation erfordert. Das Ergebnis der Endabstimmung lasse eine weitgehende Konsensfähigkeit der Teilnehmenden feststellen.

Die inhaltliche Betrachtung der eingereichten Vorschläge zeige, dass hier nutzbare ehrenamtliche Potentiale versteckt seien. Der Bürgerhaushalt solle durch die Abfrage von Einsparungsvorschlägen erweitert werden. Damit wurde begonnen.

Martin Walter

christina-emmrich.de

Auf dieser Webseite finden sich Momentaufnahmen aus dem Alltag unserer Bezirksbürgermeisterin. Unter dem Link „Tagebuch“ finden sich mittlerweile zahlreiche Eintragungen. Sie belegen ihre ständige Präsenz vor Ort.

Das Gespräch mit den Bürgern ist vom gegenseitigen Geben und Nehmen geprägt. Unter dem Datum vom 14. September heißt es z. B. über ein Treffen mit Mitarbeiterinnen zu deren 40-jährigem bzw. 25-jährigem Dienstjubiläum: „Das sind immer interessante Gesprächsrunden für mich. Danach dann zu einer Veranstaltung mit Senioren, die viele Fragen zur Kommunalpolitik haben.“

Der 4. September gibt einen Einblick in Verantwortliches Verwaltungsmanagement: „Gespräch mit Gewerbetreibenden. Sie suchten bei mir Unterstützung zu Entscheidungen bezirklicher Ämter, mit denen sie nicht ganz einverstanden waren. Das Problem konnte geklärt werden.“

Der überwiegend kalendarische Stil gibt aber auch Anlass zum Schmunzeln: Der Losgewinn beim Kiezfest in der Anna Ebermann-Straße – Essiggemüse. „Das war sicher keine Anspielung“, schreibt die Bürgermeisterin noch in Unkenntnis des Wahlergebnisses für die Berliner Linkspartei.

Christina Emmrich wäre aber nicht Christina Emmrich, wenn sie nicht und gerade jetzt auch unangenehme Dinge offen und beherzt anpacken würde: Am 21. September fand sie das ZDF vor dem Lindencenter im Gespräch mit Nichtwählern.

Joachim Pampel

Immer auf Achse

Aus dem Terminkalender der Bezirksbürgermeisterin

- **16.10., 18.30 Uhr**
IZMF ehrt 10 Gewinner von „Jugend forscht“; Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22/23
- **21.10., 14 Uhr**
Werkstattgespräch; Baptistengemeinde
- **24.10., 12 Uhr**
Gedenkveranstaltung; Gärtnerstraße, Denkort
- **26.10., 16–18 Uhr**
Bürgersprechstunde; Bodo-Uhse-Bibliothek; Am Tierpark
- **28.10., 9.30 Uhr**
VC Preußen Berlin: Eröffnung des Turniers der Volleyball-Jugend; Sporthalle Prenderer Straße

Termine

- **Sonntag, 15.10., 10 Uhr**
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Umgang mit der DDR- Geschichte“, mit den Professoren Hans-Joachim Braun, Eugen Faude und Harry Nick; Alfred Kowalke-Straße 14
- **Dienstag, 17.10., 18.30 Uhr**
„Die Berliner Linke nach der Wahl und vor dem Partei-Neubildungsprozess“, mit Christoph Nitz; Georg-Förster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60



Foto: Joachim Pampel

Wirtschaft zum Anfassen

Was ist in diesen Beuteln? Auf dem zweiten „Wirtschaftspartnertag eastside“ hatte das Projekt „network:starthilfe! Lichtenberg“ „Berufsorientierungsbeutel“ an seinem Stand ausgelegt (→ Foto). Die jungen Leute sollten Gegenstände und Produkte aufspüren, mit denen sie es im Berufsalltag einmal zu tun haben könnten. Diesen originellen Einstieg in die Berufsorientierung für Schüler der Abgängerklassen, aber auch für Abbrecher schulischer Bildungswege und Ausbildungen hatte sich der Förderverein für arbeitslose Jugendliche e. V. (FVAJ) ausgedacht.

Über 200 Firmen, Institutionen und Vereine hatten am 13. September im Ausstellungsgelände auf dem Marzahner GSG-Hof den „Wirtschaftspartnertag eastside“ genutzt, um sich vorzustellen.

Joachim Pampel



Ausgefragt

Der Jugendverband ['solid] interviewte Kirill Jermak, 18 Jahre, Schüler am Forster-Gymnasium und frisch gewählt in die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

- **['solid]:** Hi, Kirill, Du bist im Probe-Abi. Trotzdem hast du Zeit für uns. Ist Schule für Dich auch ein politisches Thema?
- **Kirill Jermak:** Na klar. Gerade in Bezug auf Geschichte und Lehren aus der Vergangenheit ist die Schule ein sehr wichtiger Bildungsort. Hier wird konkret, ob dies ein Ort ist, wo Schüler Demokratie erfahren und selbstbestimmt lernen können. Oder ob Schule nur ein hässliches, wenig geliebtes Gebäude ist, in dem wir als Objekte behandelt werden, denen vor allem abrufbares Wissen zur wirtschaftlichen Vermarktung eingetrichtert werden soll.
- **['solid]:** Vor kurzem haben in Berlin mehrere Tausend Schüler gestreikt. Was hältst Du davon?
- **Kirill Jermak:** Ich finde das super, war selbst auch mit beteiligt und finde es wichtig, dass man auch außerparlamentarisch seine Forderungen für eine bessere Bildungspolitik erhebt. Super auch, dass wir als davon Betroffene das selbst tun.
- **['solid]:** Was sind denn die konkreten Forderungen, die Du da hast?
- **Kirill Jermak:** Zunächst einmal muss die Dreigliedrigkeit des Schulsystems aufgehoben werden, weil es nicht sein kann, dass in Berlin schon ab der sechsten Klasse, in anderen Bundesländern noch früher, Schüler in Haupt-, Realschule und Gymnasium ein- oder vielmehr aussortiert werden. Gerade Kinder aus sozial schwächeren Familien werden dadurch benachteiligt. Außerdem muss mehr Geld in die Bildung gesteckt werden, sie muss für alle kostenlos sein. Auch die Lehrer müssten anders ausgebildet werden, um Lernen zu einem gemeinsamen Erlebnis von Schülern und Lehrern machen zu können.
- **['solid]:** Dein Foto zeigt Dich vor einem Graffiti. Über Graffiti wurde z. B. im Bürgerhaushalts-Forum stark diskutiert. Auch die Lichtenberger CDU hat gegen Sprayer gehetzt. Was fällt Dir zu dem Thema ein?
- **Kirill Jermak:** Das ist natürlich immer ein zweischneidiges Schwert. Klar finde ich Graffiti als Kulturform super. Ich hab auch selbst mal gemalt. Andererseits kann ich auch manche ältere Bürger verstehen, die Graffiti nur als Schmiererei begreifen, denn teilweise sind sie das leider. Aber man sollte Sprayer nicht verteufeln, sondern jungen Leuten legale Möglichkeiten bieten, kreativ zu sein.



Foto: ['solid]

● **['solid]:** Geht da was in Lichtenberg?

● **Kirill Jermak:** Klar, auch hier gibt's genug Ruinen oder alte graue Wände, die darauf warten, verschönert zu werden. Ich denke, da ist einiges zu machen. Und wenn Leute Ideen für gute Stellen haben, sehe ich das als eine meiner Aufgaben, das zu ermöglichen. Ich sehe mich als Lobby für die Jugend, und für viele Jugendliche ist Graffiti nun mal ein Thema.

● **['solid]:** Damit sind wir bei Deinen Aufgaben in der BVV. Wofür fühlst Du Dich da in erster Linie verantwortlich?

● **Kirill Jermak:** Natürlich für alle Themen, die Jugendliche direkt angehen und wo ihnen ein Problem auf den Nägeln brennt. Dabei will ich natürlich gern mit bestehenden Initiativen zusammenarbeiten. Gerade auf der parlamentarischen Ebene hat man manchmal das Gefühl, dass da vieles – jetzt nicht abwertend – allein von Grauköpfen geregelt wird. Und da will ich gern frischen Wind mit einem direkten Draht zur Jugend in die BVV bringen.

● **['solid]:** Nun sind in die BVV auch drei Neonazis über die NPD-Liste gewählt. Wie wollt Ihr mit denen umgehen?

● **Kirill Jermak:** Das ist natürlich 'ne komplizierte Frage. Mit denen umgehen wollen wir erst mal gar nicht, denn die stehen außerhalb des demokratischen Konsenses. Zwar hab ich oft genug auch Probleme mit anderen Parteien, deshalb gibt's ja mehrere. Aber die NPD ist nicht irgendeine andere Partei, sondern eine undemokratische, neonazistische Organisation, der wir in der BVV keine Plattform bieten wollen. Wichtiger finde ich, im Bezirk eine alternative Kultur zu stärken, die rechtsextre-

Der Jüngste in der BVV: Kirill Jermak

men und rassistischen Auftritten jederzeit und an jeder Stelle ein wirksames Stoppzeichen entgegengesetzt. Das können die demokratischen Fraktionen nicht allein. Wichtig in dem Zusammenhang sind die Sportvereine. Denn wie sich Nazis über andere Menschen erheben wollen, aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Schwul- oder Lesbischsein, einer Behinderung oder erspönten Rassemerkmalen, das ist nicht nur verabscheuenswürdig, sondern auch ein Widerspruch zu jeder sportlichen Fairness. Klasse fände ich mehr interkulturelle Sportangebote oder Sportfeste, z. B. in Zusammenarbeit mit der „Bunten Liga“. Einige Vereine, gerade im Fußball, haben problematische Tendenzen unter ihren Fans, eine klare antifaschistische Position und entsprechendes Handeln wären da sehr wünschenswert.

● **['solid]:** Wenn Jugendliche zu Dir kommen wollen mit ihren Ideen oder Problemen im Bezirk, wie können sie Dich erreichen?

● **Kirill Jermak:** Bei den ['solid]-Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat. Oder bei Demos gegen Sozialabbau, bei antifaschistischen Protesten. Und zwischendurch freue ich mich über hilfreiche und fragende Mails.

Die nächsten ['solid]-Treffen:

- 19. Oktober, 2. und 16. November, jeweils 19 Uhr, Ahrenshooper Straße 5
- **Kontakt:** jermak@gmx.de, www.alkalij.tk, www.regsjb-lichtenberg.de

Kein „Weiter so!“

- Alle sechs Wahlkreise wurden von der Linkspartei direkt gewonnen: Evrim Baba (1), Peter-Rudolf Zotl (2), Marion Platta (3), Steffi Schulze (4), Giyasettin Sayan (5) und Harald Wolf (6). Wir erzielten auch überall die besten Zweitstimmenergebnisse. Die höchste Wahlbeteiligung war im Wahlkreis 6, dort erhielten die Sonstigen die wenigsten Stimmen. Eine geringe Wahlbeteiligung nutzt also nur den kleinen Gruppierungen.
- Die meisten Erststimmen gibt es im Wahlkreis 2, die meisten Zweitstimmen im Wahlkreis 3. Der Abstand zwischen PDS und SPD war im Wahlkreis 2 am größten, wobei die SPD ihr schlechtestes und die CDU auf niedrigem Niveau ihr bestes Lichtenberger Ergebnis einfuhren. Das spricht für eine gelungene Polarisierung in Wahlkampf.
- Viele Nichtwähler verweigerten sich der Linken, wählten aber keine andere Partei. Das ist eine Chance, diese wiedergewinnen zu können. Und: Der Blick auf das WASG-Potenzial zeigt, wie wichtig ein vernünftiger Parteibildungsprozess sein wird.
- Die Wahlergebnisse der NPD bestätigen, dass gezielte und gemeinsame antifaschistische Arbeit in der BVV und im Alltag mehr denn je erforderlich ist.
- Die hohen Stimmergebnisse für die Sonstigen sind ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig spezielle Gruppeninteressen für die politische Arbeit sind.

- Und dennoch: Das Wahlergebnis auch in Lichtenberg ist eine herbe Niederlage. Trotz aller noch erforderlichen Ursachenforschung steht ein Fazit bereits fest: Ein „Weiter so!“ kann es sowohl hinsichtlich der politischen Profilierung als auch der Art und Weise der Politikbildung nicht geben.
- Das ist auch wichtigstes Ergebnis der ersten Analysen. Für die nun anstehenden Koalitionsverhandlungen haben Basis, Vorstände, Fraktion und dann der Landesparteitag verbindliche inhaltliche Forderungen aufgestellt: keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Einstieg in die Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse, Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.
- Ein späteres Koalitionsergebnis ist nur daran zu messen, wie unsere Positionen im Koalitionsvertrag verankert sind.
- Das „Kein Weiter so!“ gilt auch für das Austragen von Konflikten mit der SPD. Sie müssen nicht als Skandale, sondern als politische Auseinandersetzungen öffentlich gemacht werden, und die Gesellschaft muss sich daran beteiligen können.
- Und es gilt, neue Wege zu finden, um die Betroffenen sowie die Parteibasis rechtzeitig in entscheidungsvorbereitende Prozesse einzubeziehen.
- Ganz sicher müssen wir auch nach Mecklenburg-Vorpommern schauen, wie man parlamentarische Regierungsarbeit und gesellschaftliche Opposition zusammenführen kann.

Die Abgeordnetenhaus-Wahlen in Lichtenberg (in Prozent)

Wahlkreis	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	L.PDS	Grüne	FDP	WASG	NPD	Sonstige, mit WASG und NPD
1 (E)	42,5	30,2	11,8	38,1	4,1	4,8	8,1	–	11,0
1 (Z)	42,5	27,7	9,2	35,7	3,5	3,9	3,7	7,3	20,1
2 (E)	51,5	28,1	13,3	41,4	4,9	5,9	6,4	–	6,4
2 (Z)	51,5	27,2	11,0	36,9	4,4	5,1	3,0	4,9	15,4
3 (E)	47,6	31,2	11,9	40,0	4,0	5,6	7,2	–	7,2
3 (Z)	47,6	29,5	9,7	37,6	3,2	3,7	3,1	5,2	16,2
4 (E)	50,0	31,4	10,2	40,4	5,8	4,5	5,8	–	7,6
4 (Z)	50,0	30,4	8,7	36,4	5,5	4,0	3,3	4,6	15,0
5 (E)	47,2	34,4	10,4	34,9	7,2	5,3	7,8	–	7,8
5 (Z)	47,2	30,9	8,4	36,4	5,5	4,0	3,3	4,6	17,1
6 (E)	59,0	32,1	11,5	39,7	7,0	4,5	5,3	–	5,3
6 (Z)	59,0	30,6	10,2	34,6	7,4	4,3	2,9	3,4	12,8

Die Linksfraktion:

- **Direkt gewählte Abgeordnete:**
 - Evrim Baba, Lichtenberg 1, 35 Jahre, Dolmetscherin, Telefon: 2325 2559, 0172-39 25 870
 - Dr. Margrit Barth, Marzahn-Hellersdorf 2, 62, Lehrerin
 - Wolfgang Brauer, Marzahn-Hellersdorf 1, 52, Lehrer
 - Carola Bluhm, Mitte 2, 44, Soziologin
 - Dr. Thomas Flierl, Marzahn-Hellersdorf 6, 49, Philosoph
 - Dr. Gabriele Hiller, Marzahn-Hellersdorf 7, 47, Lehrerin
 - Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Marzahn-Hellersdorf 3, 48, Betriebswirtin
 - Martina Michels, Friedrichshain-Kreuzberg 4, 51, Philosophin
 - Marion Platta, Lichtenberg 3, 46, Bauingenieurin, Telefon: 2325 2510, 0170-69 89 255
 - Giyasettin Sayan, Lichtenberg 5, 56, Betriebswirt, Telefon: 2325 2597, 0171-703 01 63
 - Dr. Steffi Schulze, Lichtenberg 4, 49, Historikerin, Telefon: 2325 2580, 0163-71 78 990
 - Carl Wechselberg, Marzahn-Hellersdorf 4, 37, Politologe
 - Harald Wolf, Lichtenberg 5, 50, Politologe, Telefon: 9013 8100, 9013 7430 (persönlicher Referent)
 - Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl, Lichtenberg 2, 62, Historiker, Telefon: 2325 2553, 0151-1560 2356
- **Gewählt über Landesliste:**
 - Dr. Wolfgang Albers, 56, Arzt
 - Elke Breitenbach 45, Politologin
 - Uwe Doering, 53, Elektromechaniker
 - Dr. Heidi Knake-Werner, 63, Sozialwissenschaftlerin
 - Dr. Klaus Lederer, 32, Jurist
 - Stefan Liebich, 34, Betriebswirt
 - Jutta Matuschek, 46, Politologin
 - Marion Seelig, 53, Journalistin
 - Udo Wolf, 44, Angestellter
- **Als nächste würden nachrücken:**
 - Steffen Zillich, 35, wissenschaftlicher Mitarbeiter
 - Mari Weiß, 24, Studentin, Listenkandidatin aus Lichtenberg
 - Dr. Michail Nelken, 54, Philosoph

Schlaglichter

von Gesine Löttsch, MdB

● Zum 16. Male wurde der Tag der Deutschen Einheit begangen. Festlich ist die Stimmung im Land aber nicht. Nur zwei Beispiele: Der eklatante Ärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet auch medizinische Unterversorgung, so dass jemand, der einen Herzinfarkt erleidet, geringere Chancen auf entsprechende Behandlung als jemand hat, der in einer gut versorgten Großstadt lebt. Oder: Die gleiche Arbeitsleistung wird in Ost und West nach verschiedenen Rentenpunkten bewertet. 16 Jahre deutsche Verschiedenheit müsste es eigentlich richtig heißen.

● In der Fragestunde des Bundestages befragte ich dazu die Bundesregierung, und es antwortete ein Staatssekretär. Das Thema Deutsche Einheit ist der Kanzlerin mit ostdeutscher Biografie offenbar keinen Auftritt im Bundestag mehr wert.

Ich fragte nach: Hat die Regierung ein Programm entwickelt, um der Abwanderung von Ärzten zu begegnen, und wann ist die Rente Ost gleich Rente West?

● Ich sollte keine schnellen und einfachen Antworten erwarten, hieß es zum Thema Ärztemangel. Die Rentenfrage wurde mit einer Gegenfrage beantwortet: Was bedeutet der demografische Wandel für die Ausstattung der Rentenkassen? Wer kilometerweit zum nächsten Arzt wandern muss oder eine Mini-Rente bezieht, erwartet andere Antworten.

● In den letzten Wochen stand auch die Entsendung deutscher Soldaten in den Libanon auf der Tagesordnung. Dazu schrieb mir ein ehemaliger Ministerialrat beim Wehrbeauftragten, dass ich als Parlamentarierin den Einsatz mit meiner Stimme verhindern sollte, weil er in juristischer und historischer Hinsicht nicht zu rechtfertigen sei.

Ich habe gegen den Einsatz gestimmt. Deutsche bewaffnete Soldaten haben im Nahen Osten nichts zu suchen, das hat die Linksfraktion sehr deutlich gemacht. Mit der Mehrheit der Großen Koalition und der Grünen haben die Fregatten dennoch die deutschen Häfen Richtung Nahost verlassen. Auch mit unberechenbaren Folgen für die Soldatinnen und Soldaten.

● Hinzu kommt die Belastung für den Bundeshaushalt in Höhe von 46 Millionen noch im laufenden Jahr. Ich habe die Regierung befragt, woher sie das Geld nehmen wolle. Die Finanzierung der einsatzbedingten Zusatzausgaben wird im Haushaltsjahr 2006 im Haushaltsvollzug sichergestellt. Ich frage mich:



Warum wird entgegen den sonstigen Sparappellen immer nach Erhöhung des Wehretats gerufen, wenn ein derart großer Einsatz mal schnell aus der Portokasse beglichen wird?

● Vize-Kanzler Müntefering sagte einst: „Opposition ist Mist“. Doch ganz im Gegenteil: Eine richtiggrote Opposition hat vielen Lohnempfängern der DDR geholfen, dass Unterlagen über ihren Verdienst länger aufbewahrt werden. Nach der Einbringung eines Antrags der Linksfraktion hat sich die Bundesregierung nun dazu entschieden, die Aufbewahrungsfrist für die Unterlagen in einem Gesetzesentwurf bis Ende 2011 zu verlängern.

Ursprünglich sollte die Aufbewahrungsfrist Ende dieses Jahres ablaufen. Dadurch wäre bis zu 1,3 Millionen Versicherten der neuen Bundesländer ein Nachteil bei der Berechnung ihrer Alterseinkünfte entstanden. Denn können keine Lohnunterlagen zur Ermittlung des Rentenanspruchs herangezogen werden, muss die Beitragszahlung glaubhaft gemacht werden. Ist dies geschehen, gilt: Nur fünf Sechstel des Durchschnittsverdienstes werden bei der Anspruchsberechnung berücksichtigt. Mit der Fristverlängerung haben die Beschäftigten der DDR nun mehr Zeit, ihre Ansprüche klären zu lassen, ohne dass sie Einbußen hinnehmen müssen.

Die Erkenntnis: Anträge der Linksfraktion landen nicht im Schredder der Bundesregierung, sondern verfehlen ihre Wirkung nicht. Opposition lohnt sich!

Gesine Löttsch und Gregor Gysi unterstützten Evrim Baba und Peter-Rudolf Zotl im Wahlkampf am Lindencenter.

● In der Fraktion haben Vorstandswahlen stattgefunden. Mit 91,4 Prozent der Stimmen (42 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen) bin ich erneut in den Vorstand der Linksfraktion und zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Damit auch erneut zur Arbeitskreisleiterin für den Bereich Regional-/Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt und Umwelt. Ein wirklich schöner Vertrauensbeweis und eine gute Grundlage für meine zukünftige Arbeit.

Ich bin zu erreichen:

● Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist hier erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro)

● **Sprechstunden:**
10. Oktober 2006, 17 Uhr
Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5,
weitere Termine nach Vereinbarung

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**



Buch-Tipp



Endlich nachgetragen

Jetzt hat Karl Seidel die über dreihundert Buchseiten, die er vor zwei Jahren aus verlegerischen Gründen zurückstellen musste, in einem weiteren Band über die Beziehungen der DDR zur BRD veröffentlicht (→ info links 4/02). Der frühere Leiter der Abteilung BRD im DDR-Außenministerium ergänzt diese Seiten durch eine ganze Reihe von Anmerkungen, z. B. zum Transitabkom-

men und Verkehrsvertrag, zum Grundlagenvertrag DDR-BRD und zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen zwischen 1974 und 1989. Minutiös wird über das Treffen Erich Honeckers mit Helmut Schmidt am Werbellinsee und dessen Zustandekommen informiert. Seidel berichtet auch über die Querelen, die mit dem Besuch Honeckers in Bonn verbunden waren. Er fand bekanntlich gegen den Willen Moskaus statt. Beeindruckend sind die Erinnerungen Botschafter Seidels über seine letzten Monate im DDR-Außenministerium. Ehrlich und offen. Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Franz-Karl Hitze

- Karl Seidel: „Nachtrag – Erinnerungen eines Beteiligten an 20 Jahre Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“, NORA-Verlag Berlin 2006, 404 Seiten, 23,50 €, ISBN 3-86557-088-7



Foto: [solid]

Mit eigener Hände Kraft, man Gutes schafft ... Unter diesem Motto halfen unsere jungen Wahlkämpfer und -kämpferinnen gemeinsam mit den BVV-Kandidaten Kirill Jermak (Mitte) und Daniel Tietze (rechts) der Lichtenberger KULTschule. Stein für Stein schufen sie das Fundament für einen Volleyballplatz. Im Gespräch mit den Mitgliedern der Vereinigung der Vietnamesen wurden neue Kontakte geknüpft.

Daniel Tietze

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 8/06: 4.10.2006

Redaktionssitzung für die Ausgabe 9/06:

Mittwoch 25.10., 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 24.10.

Die nächste Ausgabe erscheint am 9.11.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Dienstag, 17.10., 10 Uhr**
„Am Anfang“, von Bart Moeyaert (ab 6 Jahre); Theater An der Parkaue, Bühne 1, Parkaue 29
- **Donnerstag, 19.10., 10 Uhr**
„Der Wind in den Weiden“, von Kenneth Grahame; Theater An der Parkaue, B 1
- **Freitag, 20.10., 10 Uhr**
„Dr. Seuss's ABC“, von Dr. Seuss (ab 8 Jahre), in englischer Sprache Theater an der Parkaue, Foyer
- **Sonnabend, 21.10., 17 Uhr**
„Der Graf von Luxemburg“, Gala nach der Operette von Franz Léhar; Theater Karlshorst, direkt am S-Bhf. Karlshorst, Eintritt 18 €, ermäßigt 16 €
- **Dienstag, 24.10., 10 Uhr**
„Macht nichts“, von Michael Ende (ab 8 Jahre); Theater an der Parkaue, B 3
- **Mittwoch, 25.10., 18 Uhr**
Walter Womacka stellt seine Autobiographie „Farbe bekennen, Erinnerungen“ sowie eine kleine Galerie seiner Grafiken vor; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Freitag, 27.10., 16 Uhr**
„In den Zeiten“, Ausstellungseröffnung 700 Jahre Stadtgeschichte Lichtenberg; Museum im Stadthaus, (Pressekonferenz 23.10., 10.30 Uhr); Türschmidtstraße 24
- **Sonnabend, 4.11., 17 Uhr**
„Schwarzwaldmädel“, Operette von Léon Jessel; Theater Karlshorst, Eintritt 18 €, ermäßigt 16 €
- **Sonntag, 12.11., 15.30 Uhr**
„Peter und der Wolf“, Puppenspiel; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99

Jugend in Bewegung

Linke Jugendliche haben es manchmal schwer, einen Zugang zur Linkspartei zu finden, insbesondere im Westen Deutschlands gilt sie als Partei der Rentner und Pensionäre.

Im Zuge der Parteineubildung besteht die Chance, einen gemeinsamen pluralistischen Jugendverband ins Leben zu rufen. Zurzeit wird ein gemeinsames Bundesjugendtreffen (24. bis 26. November in Göttingen) vorbereitet. Es soll ein Ereignis mit Event-Charakter werden. Erwartet werden auch junge Teilnehmer aus anderen europäischen Ländern.

Dieses Bundesjugendtreffen wird das sechste seiner Art sein. Details demnächst unter www.bundesjugendtreffen2006.de.

Kajo Tezlaff, Lars Kleba